

Regierungsratswahlen 2018

Fragen zum Thema Menschen mit Behinderungen

Antworten Marcus Caduff, Regierungskandidat CVP

1. **Wie haben Sie sich in der Vergangenheit für Anliegen von Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen politisch eingesetzt?**

Mittels eines Auftrages hab ich Ende 2017 bei der Regierung nach dem Stand der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes an den Bahnhöfen im Kanton Graubünden erkundigt. Ferner habe ich mich verschiedentlich dafür eingesetzt, dass der Kanton die pflegenden Angehörigen unterstützt und entlastet. Beispielsweise mit meinem Auftrag an die Regierung wonach diese beauftragt wird einen Aktionsplan zur Unterstützung und Entlastung betreuender und pflegender Angehörigen zu erarbeiten.

2. **Wo würden Sie als gewählter/wiedergewählter Regierungsrat Massnahmen ergreifen, um die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zu fördern?**

Ja. Es muss Menschen mit Behinderungen möglich sein ohne grosse Einschränkungen Teil unserer Gesellschaft zu sein. Niemand hat die Behinderung ausgesucht, entsprechend ist unsere Gesellschaft gefordert solidarisch mit Menschen mit Behinderungen zu sein.

3. **Welche Perspektiven sehen Sie betreffend der kantonalen Behindertenpolitik im Heimwesen und ambulanten Angeboten?**

Die ambulanten Dienstleistungen sind darauf ausgerichtet, Menschen mit Behinderung Informationen zu vermitteln, deren Interessen wahrzunehmen und sie in spezifischen Fragen der gesellschaftlichen Eingliederung zu beraten und zu unterstützen. Sie übernehmen damit eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen den individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten eines Menschen sowie den gesellschaftlichen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen, in denen sich diese Person befindet

Angebote im Bereich des individuellen(begleiteten) Wohnens in der eigenen Wohnung oder in kleinen Wohngemeinschaften sind gezielter zu fördern. Damit können die Autonomie und das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderungen erhöht werden.

4. Wie würden Sie sich als gewählter Regierungsrat bezüglich Barrierefreiheit im Sinne des BehiG positionieren?

Die gemäss dem BehiG vorgesehenen Massnahmen zur Gewährung eines barrierefreien Zugangs sind umzusetzen. Selbstverständlich ist dabei stets auf die Verhältnismässigkeit und das Kosten/Nutzungsverhältnis zu achten. Beispielsweise erachte ich es nicht als sinnvoll, wenn die als "Wanderhaltestellen" bezeichnet Bahnstationen umgebaut werden müssen. An solchen Punkten sind allenfalls Ersatzmassnahmen vorzusehen.

5. Wie wollen Sie konkret Menschen mit einer Behinderung in eine Politik auf Augenhöhe einbeziehen?

Es ist für mich selbstverständlich, dass alle Gesellschaftsschichten auf Augenhöhe in die Politik einzubinden sind. Da spielt es keine Rolle ob es sich um Menschen mit oder ohne Behinderung handelt.

6. Warum sollen Menschen mit Behinderungen Sie als Regierungsrat wählen?

Zu meinen Grundwerten gehört eine solidarische Gesellschaft. Solidarisch heisst, dass jene Menschen, welche Unterstützung von der Gesellschaft benötigen, diese auch von der Gesellschaft, also vom Staat, erhalten. Im Besonderen Masse trifft dies für Menschen mit Behinderungen zu, denn niemand hat sich die Behinderung ausgesucht.